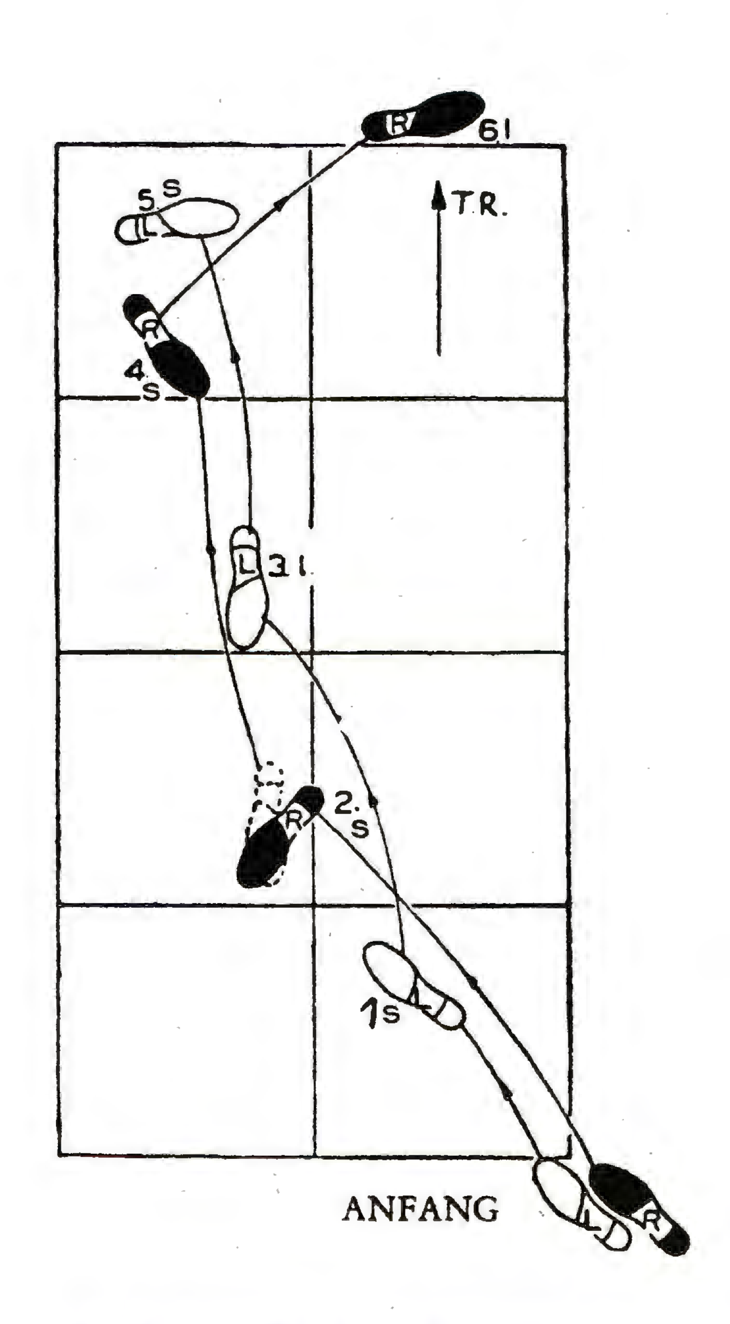
ZECK das info aus der roten flora
Nr. 74 | November 1998



Die Außenseitliche Linksdrehung

14.11.98 Rote Flora: "Subkultan" See Ya!

Vorwort

Ihr werdet es ja sicherlich gemerkt haben: Bei der letzten Ausgabe ist die Seite 14 verloren gegangen. Auf dieser Seite befanden sich die letzten beiden Sätze des Artikels „Kein Mensch ist illegal, aber ist deswegen auch die Politik scheißegal" mitsamt Anmerkungen und ein Artikel über die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen aus der ak. Die Anmerkungen zu ersterem Artikel sind auch in der interim veröffentlicht worden, so daß Interessierten eine Quelleneinsicht auch ohne ein Nachreichen in der Zeck möglich ist.
Den Text über die Karawane veröffentlichen wir in dieser Ausgabe nocheinmal.
Schwerpunkt der Ausgabe ist die anhaltende Diskussion über die Nachwirkungen des 19.9. in Rostock, wobei wir die verschiedenen Beiträge aus der interim und der jungle world hier nocheionmal hintereinander zusammengestellt haben, da sie auch aufeinander Bezug nehemen.
Herzlichen Dank an die Hamburger Antifagruppe, die den Text zu Rostock verfasst und uns zugesandt hat.
Ansonsten möchten wir unbedingt im Vorwort noch auf die Soliparty für eben die Zeck hinweisen, die uns mit der Hoffnung erfüllt, unsere Schulden vielleicht noch vor Weihnachten bezahlen zu können. Also: Am 14. 11.: Subkultan, elektronische Tanzmusik in der Flora. Zur Vorbereitung für diesen Abend findet ihr in diesem Heft extra zahlreiche Tanzschrittanleitungen.

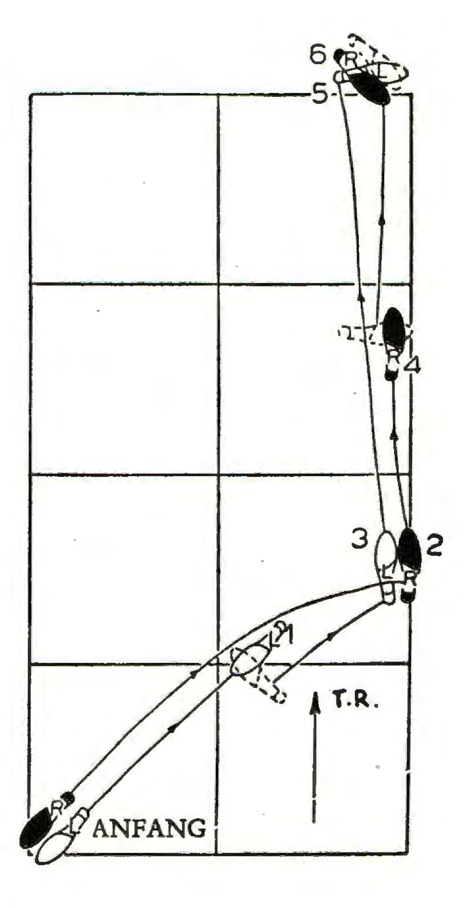
Ordner:

- Anschlagserklärung zum 3.10. in Hannover auf ein Autohaus

Elterntreff

„Wo sind die Eltern in der Szene?"
Die Idee: Ein Treff für Mütter und Väter mit Kleinkindern bis ca. 2 Jahre
Wer Lust hat auf Kennenlernen, Klönschnack, vielleicht gegenseitige Unterstützung und und und..., der komme zuhauf !
Der erste Termin zum Kennenlernen und Planen ist **Mittwoch der 18. 11. 98, 16 Uhr** in der Flora-Vokü zum Kaffee-Trinken.

Inhalt:



Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure **Beiträge, Artikel** o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.
Infoläden und VerteilerInnen bezahlen lediglich die Portokosten von 1.50 (für 1-3 Exemplare), bzw. 2.50 bei 10 Exemplaren.
Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P: Peter Meyer, Bernadottestr.38 22765 Hamburg

Keine neue radikal

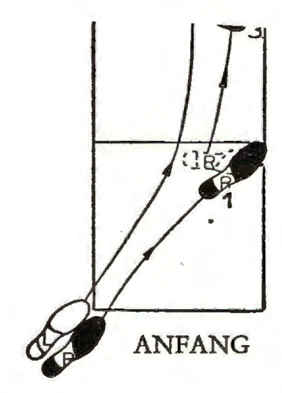
ist erschienen, aber eine Broschüre von ehemaligen Mitarbeitern der radikal „zum 13.6.1995, dem Davor & Danach“. Aus dem Vorwort der HerausgeberInnen, des isdh (Informationsdienst Schleswig-Holstein), : „als am 13.6.1995 das gesetz in person von bullen und staatsanwälten bei uns, so wie in über 50 anderen städten die türen aufbrach, büros, infoläden und wohnungen von genossinnen durchwühlte, begann für uns und viele andere betroffene und solidarische menschen „die lange zeit der soli-arbeit zum 13.6.“
aus persönlicher betroffenheit und politischem selbstverständnis versuchten viele über 2 jahre lang einen umgang mit den staatsschutzangriffen zu finden und sich auf einen anstehenden prozeß gegen „die macherinnen der radikal“ vorzubereiten. Besonders deutlich wurden in dieser zeit die unterschiede zwischen uns, die die soliarbeit teilweise bis zur vollkommenen lähmung behinderte, und die nicht selten zu rückzügen, abwarten und magengeschwüren führte. auch von der letztendlich erlassenen einstellung der verfahren gegen geldstrafen gibt es unterschiedlichste einschätzungen. während sich die einen mit dem „puh - da haben wir ja nochmal glück gehabt“-gefühl längst wieder anderen themen widmen, bleibt für die anderen der bittere nachgeschmack - zu wissen, daß die schweine unglaublich viel material in die hände bekommen haben, daß eine bundesweite reaktion auf staatsschutzaktionen, wie die vom 13.6., auf ungeahnte schwierigkeiten stößt, da die unterschiede innerhalb der sich als autonom/linksradikal verstehenden menschen dermaßen groß sind.
für uns als teile dieser solistruktur ist es wichtig, diese zeit nochmal möglichst genau nachzubereiten, die schwierigkeiten genau zu analysieren, und konsequenzen für die zukunft daraus zu ziehen, auch wenn viele durchaus nachvollziehbar sagen „13.6.? - laß mich bloß damit in ruhe!“, denn wir gehen davon aus, daß dies mit sicherheit nicht die letzte aktion des staatsschutzes gegen bundesweite strukturen der radikalen linken gewesen sein wird, da wir trotz allem durchaus in der hoffnung leben, daß es auch weiterhin überregionale strukturen geben wird, die diesem system patriarchaler, kapitalistischer und rassistischer unterdrückung die zähne zeigen.“

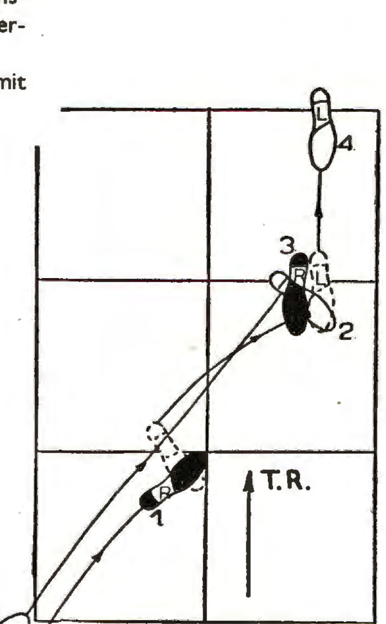
Der Broschürentext, bereits ein halbes Jahr alt aber zunächst aufgrund von Differenzen innerhalb der AutorInnengruppe nicht veröffentlicht, setzt sich detailliert mit der Geschichte der radikal von 1984 - 1995 und den Folgen der Repression auseinander: „Wir erzählen. Wir erzählen eine Geschichte, in der das Tun und Lassen der Handelnden, der Widerstreit zwischen idealistischen Zielen und dem Druck der äußeren Umstände, nicht nur rational begriffen, sondern gefühlsmäßig nachvollziehbar sein sollen. Auch klandestine Strukturen werden von Menschen gefüllt, mit Wünschen, Idealen und Irrtümern. Wir wählen die offene und detaillierte Form, um den Mythos und der Isolation dieser Menschen und der von ihnen organisierten Strukturen entgegenzuwirken. Um ihre Unerreichbarkeit mit Leben zu füllen, und so erreichbar zu machen.“

Die Broschüre ist in jedem gut sortierten Infoladen für drei Mark erhältlich oder zu bestellen über:
Informationsdienst Schleswig-Holstein
Kieler Straße 93
24534 Neumünster

Auch die radikal, die mittlerweile von einem vollkommen anderen Redaktionskollektiv gemacht wird, ist postalisch erreichbar:
Doppelter Umschlag, den inneren mit „ZK“ beschriften, den äußeren mit:
WOZ
Postfach~
CH-8031 Zürich

oder im Internet:
http://www.xs4all.nl/~tank/radikal/





Regelmäßige Termine in der Roten Flora:		
Wochentag	**Was**	**Wann**
Montag	Volxküche, veganes Essen	18:00 - 22:00
Dienstag	DUBCAFE mit verschiedenen Sounds	18.00 - 23.00
Mittwoch	Cafe und Kuchen	16:30 - 19:00
Donnerstag	Volxküche, veganes Essen	18:00 - 21:00
Samstag	Frühstück	12:00
Sonntag	alle 2 Wochen: Frauen/Lesben Frühstück	12:00

Auf nach Köln!!

Weltwirtschaftsgipfel und Eu-Gipfel Juni 1999

Im Juni 1999 werden in Köln innerhalb kürzester Zeit sowohl der sogenannte Weltwirtschaftsgipfel der der G7 + 1 - Staaten als auch der EU-Gipfel stattfinden. Die Bundesregierung will die Gipfel dazu nutzen, die BRD als technisch moderne, normale zivilisierte kapitalistische Großmacht dazustellen, die ihre faschistische Vergangenheit nun endgültig hinter gelassen habe. Diese Suppe werden wir ihnen endgültig versalzen!

Daß die Regierungschefs der imperialistischen Hauptländer ihr Treffen „Welt"-Wirtschaftsgipfel nennen, ist einerseits Ausdruck von Arroganz, so als wären diese sieben Staaten (+Jelzin) schon die Welt. Und es ist (andererseits) Ausdruck von realen Machtverhältnissen - schließlich beherrschen die Konzerne und Banken aus diesen Ländern tatsächlich die kapitalistische Weltwirtschaft. Seit 1975 finden jährlich WWG's statt, die der Absprache zwischen den kapitalistischen Großmächten dienen. Gestritten wird um Absatzmärkte, Wechselkurse, Atomkraft und Rüstung. Dabei wird eine Front gebildet gegen die Menschen im Trikont und gegen revolutionäre Bewegungen.

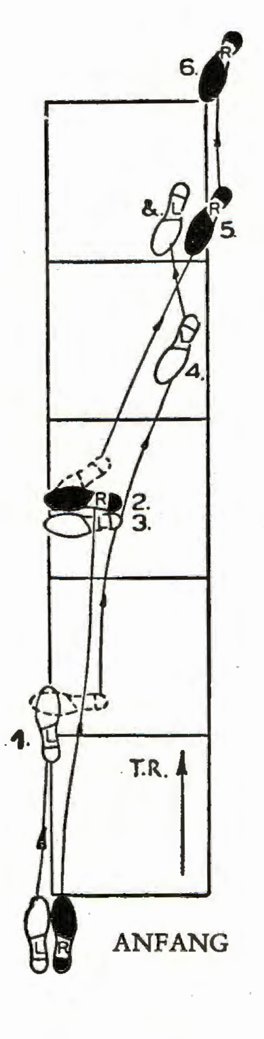
Der Stellenwert des WWG bzw. der G-7-Treffen für die Regulierung von Konflikten erodiert inzwischen aufgrund der zunehmenden innerkapitalistischen Konkurrenz und der aufrauhenden Frontstellungen der regionalen Führungsmächte der Triade untereinander. Dagegen steigt die Bedeutung der EU-Gipfel für die Herausbildung der neuen wirtschaftlichen und militärischen Supermacht Europa, in der die BRD die führende Rolle spielt. Der kommende EU-Gipfel, bei dem die BRD den Ratsvorsitz innehat, wird zudem der letzte vor der Einführung des Euro sein.

EU- und Weltwirtschaftsgipfel waren in der Vergangenheit Kristallisationspunkte, um Widerstand und radikale Kritik gegen die „Herren der Welt" auf die Straße zu bringen. Wir wollen 1999 mit einer internationalen linksradikalen Mobilisierung anknüpfen an die Proteste gegen die IWF-Tagung in Westberlin 1988 (*„für vollständige Schuldenstreichung und Reparationszahlungen")*, gegen den WWG 1992 in München *(u.a. „gegen die Feiern zum 500jährigen Reich, für die Solidarität mit politischen Gefangenen weltweit")* und gegen den EU-Gipfel 1994 in Essen *(Ausbau der EU zu einem expansiven Herrschaftszusammenhang nach innen und außen)*, aber auch an die Kämpfe gegen den WWG z.B. in Florenz und Tokio.

(Nach einem Positionspapier des Linksradikalen Anti-EU-/WWG-Plenums Köln)

An dem bundesweiten linksradikalen Vorbereitungstreffen in Köln beteiligten sich bisher Strukturen und Personen aus den Städten Köln, Bonn, Frankfurt/M., Berlin, Bielefeld, sowie der AA/BO und der Roten Hilfe. Wo bleibt Hamburg/Norddeutschland? Gibt es Strukturen, die zum Thema arbeiten, die sich an der Vorbereitung beteiligen wollen? Wer mobilisiert zu einem norddeutschen Regionaltreffen zur Vorbereitung des Widerstandes??

Die bisherige Terminplanung sieht folgende events in Köln vor:
4.6.-6.6.99 Internationaler Anti-EU-Kongreß
Samstag 5.6. Anti-EU-Sternmarsch
7.6.-20.6. Widerstandcamps
Samstag 19.6. Vormittags dezentrale Aktionen in der Kölner Innenstadt
13 Uhr Demonstration gegen den WWG



AIZ-Verfahren mit neuen Überraschungen

Im laufenden Verfahren gegen die der AIZ-Mitgliedschaft beschuldigten Bernhard Falk und Michael Steinau in Düsseldorf deutet sich ein erneuter Versuch von Gericht und NRW-Verfassungsschutz an, das noch „fehlende" dritte Mitglied herbeizukonstruieren, um eine Verurteilung nach § 129 a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) durchsetzen zu können. Nachdem es lange so aussah, als ob das Verfahren aufgrund der mehr als dürftigen Ermittlungsergebnisse platzen könnte, hat sich mit der Einlassung Michael Steinaus, in der er sich dreier der AIZ zugeordneten Anschlägen selbst bezichtigte, das Blatt gewendet. Nunmehr scheinen Gericht und vor allem der NRW-VS den Ehrgeiz zu entwickeln, ein „neues" AIZ-Umfeld aufzubauen, aus dem dann nach belieben angebliche Mitglieder der AIZ definiert werden können. Grundlage sind sogenannte Erkenntnisse des stellvertretenden VS-Chefs von NRW, Wolfgang Düren, der behauptet, die AIZ würde sich u. a. aus. der Aachener Antirepressionsgruppe rekrutieren. Davon, daß die AIZ in der Vergangenheit auch mal aus Hamburg oder Bremen angeblich kommen sollte, ist natürlich keine Rede mehr. Ansatz für das neuste Konstrukt sind ZeugInnen, die das Gericht vorladen will, um ein „Persönlichkeitsbild" von Bernhard Falk zu erstellen, der im Gegensatz zu Steinau bisher jede Aussage zur Sache verweigert hat. Tatsächlich sollen die ZeugInnenvernehmungen jedoch Ansatzpunkte für die weitere Kriminalisierung von Menschen wegen der AIZ liefern.

Aus diesem Grund rufen jetzt die Aachener ProzeßbeobachterInnen dazu auf, Öffentlichkeit zu schaffen, um zu verhindern, daß das Kalkül des Gerichts aufgeht, in aller Stille ZeugInnen vor das Gericht zu zerren und wegen der zu erwartenden Aussageverweigerung mit Zwangsgeldern oder Beugehaft bis zu sechs Monaten zu überziehen. Dazu soll durch die Schaffung einer größeren Öffentlichkeit an diesem konkreten Punkt verhindert werden, daß ZeugInnen zu Beschuldigten werden, denn auch die ProzeßbeobachterInnen stellen fest: „Wer will schon, daß einem/r selbst oder FreundInnen die AIZ ans Bein gebunden wird...".

Weitere Infos bei „ProzeßbeobachterInnen" c/o Goethestr. 3, 52064 Aachen, FAX 0241/708410, Solikonto für die potentiellen ZeugInnen: Rechtshilfefond, Kontonr.: 27009836, Sparkasse Aachen, BLZ 39050000, Stichwort „ZeugInnen".

0. Vorrede

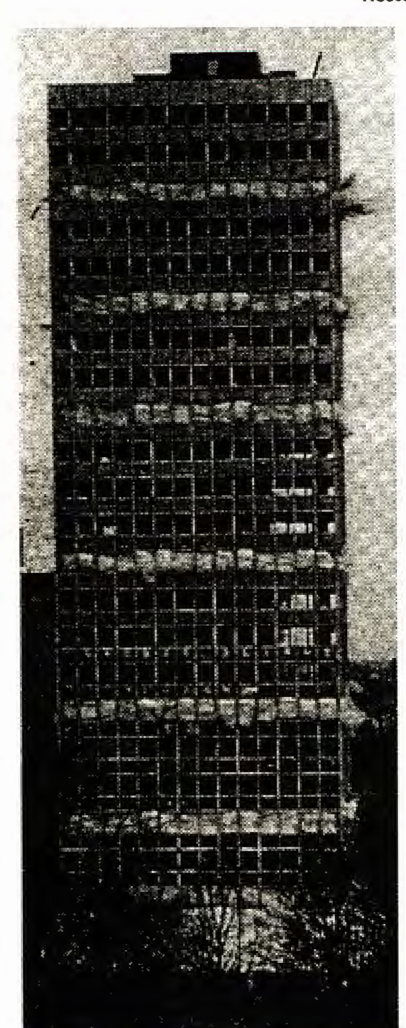
Der folgende Beitrag wurde von uns nicht zuletzt unter dem Eindruck des 19.9. in Rostock verfaßt. Der Text umfaßt im Prinzip zwei Dimensionen, die zuersteinmal unabhängig voneinander zu lesen sind. Zum einen beschäftigen wir uns mit der staatlichen Politik gegen konkrete antifaschistische Aktionen auf der Straße und die Konsequenzen, die sich für uns und unsere Praxis daraus ergeben, zum anderen wollen wir einen weiteren Beitrag zur Diskussion über langfristige Strategien in der antifaschistischen Bewegung leisten.
Diese beiden Aspekte sind ganz offensichtlich von unterschiedlicher Reichweite; dennoch meinen wir, daß jeder für sich Gegenstand weiterer Diskussionen werden muß.

1. never trust a (smiling) cop. Der 19.9 war weder die Regel, noch die Ausnahme

Oft wird in den Diskussionen um die aktuellen Bedingungen antifaschistischer Demonstrationen (gegen Naziaufmärsche) von einer im großen und ganzen einheitlichen Entwicklung ausgegangen. Diese Entwicklung zeichne sich in polizeitaktischer Hinsicht durch immer massivere Bullenaufgebote aus, deren Einsatz flankiert werde durch politische Strategien der Gleichsetzung von Antifas und Nazis als Mob gleichermaßen gewalttätiger Extremisten. Diese Sichtweise - etabliert nach den Ereignissen von Saalfeld Ende letzten Jahres - wird durch den Ablauf in Rostock am 19.9 sicherlich weitere Nahrung erhalten.
Unterschlagen wird dabei zuerst einmal, daß die Szenarien, die in der Diskussion in einen Zusammenhang gestellt werden, oft sehr unterschiedliche Hintergründe haben. So war Saalfeld keine Demonstration gegen einen Naziaufmarsch, sondern der von einem breiten Bündnis getragene Versuch, die regionale Kumpanei von Nazis und bürgerlichen Kreisen öffentlich zu machen und anzugreifen. Nicht diese inhaltliche Ausrichtung, sondern die Erscheinungsform, mit der an diesem Ort auf antifaschistischen Protest reagiert wurde, ist zum Ausgangspunkt antifaschistischer Debatten geworden. Diese Feststellung ist nicht ganz unwichtig, weil es doch erhebliche Unterschiede gibt zwischen dem Verbot einer antifaschistischen Demonstration, die ja in erster Linie politische Inhalte transportiert und dem Verbot respektive der Behinderung einer antifaschistischen Demo, die sich gegen einen Naziaufmarsch richtet und damit eine ganz konkrete praktische Option einlösen will.
Bei diesem Unterschied ist es trotzdem legitim, antifaschistische Mobilisierungen hinsichtlich der von uns angesprochenen Aspekte im allgemeinen zu betrachten, weil einige Beobachtungen eben verallgemeinerbar sind.

In diesem Zusammenhang ist dies vor allem die Frage, inwieweit die unbestrittene Militarisierung des Polizeiapparates und die Stigmatisierung antifaschistischen Protests in der Öffentlichkeit sich tatsächlich bundesweit einheitlich vollzieht.
Bei allen Indizien, die dafür sprechen mögen, neigen wir resümierend aus den antifaschistischen Mobilisierungen der letzten Monate zu einer verhalteneren oder differenzierteren Einschätzung, nicht zuletzt um noch vorhandene Spielräume, die sich uns in den unterschiedlichen Strategien von Behörden und Polizei bieten, besser ausloten zu können.
Den Bullenszenarien, wie wir sie in unterschiedlicher Ausprägung in Saalfeld, in Lübeck und zuletzt in Rostock erleben mußten, stehen nämlich weiterhin Erfahrungen aus der jüngsten Zeit entgegen, wo die Dinge etwas anders gelagert waren. Beispiele hierfür wären Göppingen und Münster, mit Abstrichen sicherlich auch Leipzig. Wir werden darauf im folgenden näher eingehen.

Rostock fügt sich in eine Reihe von Niederlagen, wie sie in der Geschichte des autonomen Antifaschismus keinesfalls neu sind, sondern uns seit den 80er Jahren begleiten. Uns wurde durch ein perfekt eingestimmtes und eingesetztes Großaufgebot der Polizei jeglicher Spielraum genommen, um überhaupt agieren zu können. Dies gilt für militante Kleingruppenaktivitäten wie auch für die (autonome) Demonstration selbst. Das Bullenkonzept war darauf ausgelegt, die räumliche Kontrolle in der gesamten Stadt auszuüben, um jegliche Konfrontation zwischen uns und den Nazis zu verhindern. Zu Hilfe kam ihnen dabei auch die vorteilhafte geographische Lage des Aufmarschortes, die es erlaubte, die Nazis an der Stadt vorbei direkt über einen Autobahnzubringer hineinzueskortieren. Der Rest, also die Absperrung von drei Straßen, war eine reine Routineangelegenheit. So weit so schlecht, aber weder neu noch besonders einfallsreich.



Damit hätten es die Bullen gut sein lassen können, das spezifische des Einsatzes war aber, daß sie genau das nicht getan haben. Insofern beinhaltete die Bullentaktik auch eine umfassende Kontrolle über die Antifas, die sich im Stadtgebiet aufhielten. Unabhängig vom Aufenthaltsort wurden so größere Ansammlungen sofort aufgelöst. Der Antifa-Demonstration wurde darüber hinaus untersagt, sich überhaupt in die Richtung des faschistischen Aufmarsches zu bewegen.
Die Taktik, die sich in Bezug auf die dennoch formierte Demo in Richtung Dierkow zeigte, verfolgte das Konzept der völligen Demoralisierung. Als Wanderkessel wurden die Antifas einige Stunden durch Rostock geführt, eskortiert von ausgesprochen aggressiven und selbstsicheren Bullen, angesichts deren Auftretens die appellierenden Ansagen aus dem Lautsprecherwagen gänzlich zur Realsatire verkamen. Unsere Demonstration war nämlich in erster Linie davon gekennzeichnet, daß sie von den meisten Leuten schnell verlassen wurde. Angesichts einer Restdemo von zuletzt noch vielleicht 600 Leuten nicht nur die Bullen kontinuierlich weiter aufzufordern, doch bitteschön jetzt mal zu gehen, sondern auch weiterhin die Forderung aufrechtzuerhalten, uns nach Dierkow zu lassen (wo - wir erinnern uns - gerade 3500 Nazis am marschieren waren), kann jedenfalls nicht ernstgemeint sein oder zeugt von erheblichem Realitätsverlust über die vor Ort herrschenden Kräfteverhältnisse. Insofern ist die Tatsache, daß man uns nicht nach Dierkow läßt, auch kein "politischer Skandal", wie es aus dem Lautsprecherwagen hieß, sondern höchstens die Realität, die wir kennen, seit es autonomen Antifaschismus gibt, der sich den Nazis direkt in den Weg stellen will. Wenn es einen "politischen Skandal" gab, dann lag er jedenfalls woanders.
Wie dem auch sei, unsere politischen und strategischen Beiträge waren den Bullen jedenfalls ganz offensichtlich egal und sie waren sich sehr wohl darüber im klaren, daß wir ihnen nichts entgegenzusetzen hatten. Dies äußerte sich wie gesagt in ihrem Auftreten wie auch in scheinbar grundlosen Prügel- und Festnahmeaktionen.

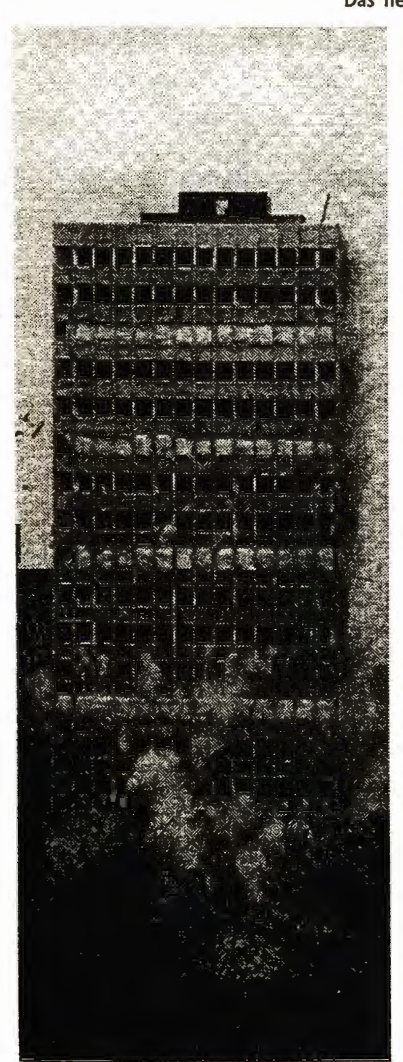
Im Gegensatz zu Leipzig, um eine antifaschistische Mobilisierung ähnlicher Größenordnung zu bemühen, handelte es sich also um ein Konzept, das nicht nur die räumliche Trennung zwischen uns und den Faschos zum Ziel hatte, sondern präventiv jeglichen antifaschistischen Aktionismus durch Zermürbung zu verhindern suchte.
In Leipzig beließ es das Bullenaufgebot dabei, die Nazis hermetisch abzuschirmen. Ihr Konzept trug dabei vor allem dem äußeren Umstand Rechnung, daß es am 1. Mai nicht möglich gewesen ist, mehr Einsatzkräfte nach Leipzig zu dirigieren. Das, was dort also passierte, war offensichtlich in das Bullenkalkül eingerechnet: Dutzende beschädigte Nazibusse, wie auch eine Vielzahl verprügelter Nazis haben wir somit auch dem Polizeikonzept zu verdanken, im besten Fall organisatorischen Fehlplanungen im Bullenapparat.

Durch genau diese Taktik (oder das organisatorische Chaos) ergaben sich für Antifas einige Spielräume, die relativ gut genutzt werden konnten. Die Nazis konnten zwar nicht entscheidend gestört werden, aber ihre An- und Abreise gestaltete sich durch aktive antifaschistische Mithilfe mitunter unbequem. Die Antifas konnten sich in größeren Gruppen versammeln, ohne von den Bullen sofort auseinandergescheucht zu werden, und last but not least, wir und die Medien bekamen sogar noch eine Straßenschlacht, die alle toll fanden und niemandem wehtat (außer den Antifas, die von den eigenen Leuten Steine an den Kopf bekamen).
Nichtsdestotrotz zeigte sich auch die Leipziger Bullenführung nach dem Großeinsatz nicht weniger zufrieden als jetzt ihre Rostocker Kollegen. Schließlich war es ihnen ebenfalls gelungen, das Aufeinandertreffen einiger tausend politischer GegnerInnen zu unterbinden.

Diese unterschiedlichen Konzepte können unseres Erachtens auch aus Sicht der Bullen nicht mit den Kategorien "gut" und "schlecht" miteinander verglichen werden. Für Leipzig war das beschriebene Bullenkonzept mindestens ausreichend, wenn nicht aufgrund der örtlichen und zeitlichen Gegebenheiten das einzig denkbare, in Rostock durfte es ein bißchen mehr sein.
Die Faktoren, über die sich die Charakteristika eines Polizeieinsatzes bestimmen, sind eben zahlreich.
In Rostock standen die Wahlparteien aufgrund des laufenden Wahlkampfes auch unter dem Druck, sich als wahre und kompetente Hüter von Recht und Ordnung zu inszenieren.
Hinzu kommt ein Faktor, den wir regionale Verfaßtheit nennen, also die Frage, wie die vor Ort politisch Verantwortlichen (auch untereinander) agieren, wie die öffentliche Stimmung gelagert ist. Es handelt sich also um ein Konglomerat allgemeiner politischer und gesellschaftlicher Stimmungen und Tendenzen, die auf die regionalen Entscheidungs- und Handlungsstrukturen treffen und sich mit der Bulleneinsätzen eigenen Dynamik von Befehlsgewalten auf verschiedenen Ebenen vermischen.
Insofern würden wir behaupten, daß es auch zukünftig - selbst unter dem Eindruck eines reibungslosen Einsatzes dieser Art - keinesfalls zwangsläufig zu identischen Bulleneinsätzen kommen wird. Dies gilt im übrigen auch für die Entscheidungen der Gerichte, die in der jüngeren Vergangenheit fast ausnahmslos an allen Genehmigungs- und Verbotsmaßnahmen für Antifa- und Nazidemos beteiligt waren und sie mit sehr unterschiedlichen Auflagen ausstatteten.

Es geht also mehr um Tendenzen! Diese allgemeine Tendenz wollen wir noch einmal verdeutlichen: Im Zuge einer gesellschaftlich umfassenden Sicherheitsoffensive aus dem Staatsapparat, der sich in der Diskussion und Anwendung immer neuerer, immer absurder erscheinender Gesetze niederschlägt, wird sich auch der Charakter von Großeinsätzen ändern. Dies ist wohl unstrittig.
Mittlerweile werden vorhandene sicherheitspolitische Instrumentarien zunehmend ausgeschöpft, sei dies der Unterbindungsgewahrsam oder die Einsetzung von Schnellgerichten, die den gewünschten Einschüchterungseffekt mitsich bringen sollen. Von örtlichen und politischen Gegebenheiten hängt dann nur noch die konkrete Umsetzung ab, also auch die Frage, wie unverhohlen bestehende Rechtsstandards einfach mißachtet werden.

Diese Sicherheitsoffensive, mitsamt ihrer rigorosen praktischen Umsetzung gegen gesellschaftlichen Widerspruch, trifft dabei auf eine immer besser ausgerüstete Polizei.
Das heißt, dort wo uns im Rahmen von Demos keine Freiräume gewährt werden, ist es zunehmend schwierig, diese Freiräume selbst zu erkämpfen. Die neuen Bullenformationen, die uns in der jüngeren Vergangenheit vornehmlich als Sondereinheiten entgegentraten, werden zunehmend zum Standard. Im Regelfall handelt es sich um Bullen, die nicht mehr behäbig mit ihren Schildern in der Gegend rumstehen, sondern gut ausgerüstet und hochmotiviert gerne und schnell zuschlagen.



Diese Einheiten sind, das hat Rostock sicherlich auch noch einmal bewiesen, mit unseren herkömmlichen Mitteln der Militanz kaum mehr zu knacken. Schlimmer noch, so entschlossen wir auch immer auftreten mögen, es beeindruckt sie kaum noch. Warum sollte es auch?
Die in Rostock an der Demo agierenden Bullen konnten somit im großen und ganzen machen was sie wollten: In die Demo reinspazieren, Leute rausgreifen und entstehende Gegenwehr mit einer kurzen Prügeleinlage disziplinieren. Dies - gekoppelt mit der spezifisch deutschen Taktik überproportionierter Bullenstärke - nimmt weiteren Raum zum Handeln und macht vor allem ohnmächtig.
Verstärkt werden solche Szenarien noch durch regionale Gegebenheiten. So gebärden sich bestimmte Bulleneinheiten oftmals noch skrupelloser und selbstsicherer, weil ihnen die (historische) Erfahrung, selber einmal weglaufen zu müssen, gänzlich fehlt. Dies gilt vor allem für bayrische Bullen, deren Ruf ja nicht ausschließlich mythisch hergeleitet ist, wie auch sicherlich für Einheiten aus Ostdeutschland.

Daraus folgt für uns:
Aus eigener Stärke kann die antifaschistische Bewegung sich in der Regel nicht mehr im Rahmen von angemeldeten Demonstrationen, also allgemein einschätzbaren Situationen, gegen die Bullen durchsetzen. Möglichkeiten entstehen nur noch, wenn ihre eigenen Einsatzkonzepte derart zugeschnitten sind, daß im Sinne von Aufwand-Nutzen-Rechnungen Spielräume für uns entstehen oder bei ihnen selbst das Chaos herrscht. Das war in Leipzig der Fall, in Rostock nicht.
Aus dieser Überlegung heraus müßte eine Umorientierung stattfinden, die dem offenen Konflikt mit den Bullen auszuweichen versucht. Das heißt, wenn eine Demonstration zum Ort der Nazis nicht durchsetzbar erscheint - und dies hat sich in Rostock recht schnell herausgestellt - sollte darauf weder praktisch noch symbolisch länger bestanden werden. Zumal sich in Rostock gezeigt hat, daß auch eine Demonstration, die nicht mehr die Nazis zum Ziel hat, zum willenlosen Spielball der Bullentaktik werden kann. Die Demonstration hätte also spätestens in dem Moment aufgelöst werden müssen, als klar wurde, daß die Bullen gewillt sind, mit uns zu machen, was sie wollen.
Ob es dann möglich gewesen wäre, anders zu agieren, ist dabei nicht die entscheidende Frage. Wir hätten uns zumindest Luft verschafft, darüber nachzudenken und es womöglich auszuprobieren.
Auch andere Szenarien sind dabei durchaus denkbar, dies ist dann eine Frage der Orientierung:
Ob wir uns nach einer solchen Erfahrung in Kleingruppen an den Bullen abarbeiten wollen, was ja zweifelsohne möglich ist, weil sie nicht immer und überall mit einer Großarmee rumstehen, ob wir in der Stadt möglichst viel Schaden anrichten wollen um den politischen Preis in die Höhe zu treiben oder ob wir die direkte Konfrontation mit den Nazis am Rande oder bei Abfahrt suchen wollen. All dies wird sich daran messen lassen müssen, ob es uns gelingt, dem großen Bullenkontingent auszuweichen. Das ist die taktische Dimension, alles andere wäre eine Frage der politischen Einschätzung.

In den Bereich politischer Einschätzung gehört dabei auch die Frage nach Bündnissen. Rostock hat gezeigt, daß

auf dem Papier bestehende Bündnisse herzlich wenig wert sind, wenn der eine Teil in Rostock-Lichtenhagen - also in deutlicher Entfernung zu den Nazis - ein Fest feiert, während die autonomen Bündnispartner, die weiterhin direkt zu den Nazis wollen doch nur unter sich bleiben und somit auch als Teil des Bündnisses keinen nennenswerten Schutz genießen. Ein Bündnis mißt sich deshalb nicht nur an seiner Stärke, unterschiedliche Strategien nach außen hin auszuhalten, sondern auch an seiner Fähigkeit, sie direkt mitzutragen.

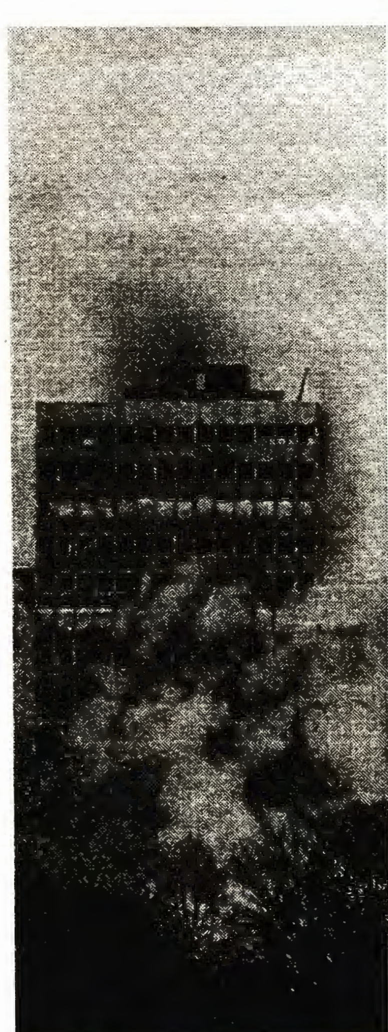
2. the day the nazi dies. Antifa im Westen ist ungleich Antifa im Osten

Vielleicht sind die Antifamobilisierungen in der letzten Zeit kleiner geworden. Allerdings bleibt festzuhalten, daß die Zahl der zu ver- oder behindernden Naziaufmärsche auch rapide gewachsen ist. Viel wesentlicher scheint zu sein, daß wir uns mittlerweile oft weder auf ein liberales, bürgerliches Umfeld beziehen können - das, wenn überhaupt, in räumlicher Distanz zu den Nazis auf die Straße geht -, noch auf eine gesellschaftliche Situation, in der wir ein wenig Rückenwind haben. Eher das Gegenteil ist der Fall, wobei wir dabei von erheblichen Unterschieden zwischen der Situation im Osten und der Situation im Westen ausgehen würden.

10 Jahre nach der "Wende" haben die Nazis auch im Westen an Stärke gewonnen. Ihre Aufmärsche sind zahlreicher geworden, die Zahl der teilnehmenden Personen ist gestiegen, die Zahl der Anschläge und Angriffe auch. Rassismus äußert sich mittlerweile unverhohlen bis in die "gesellschaftliche Mitte" hinein, das faschistische Wählerpotential ist zwar nicht stabilisiert, aber insgesamt aktiviert. Allerdings spielen sich die Prozesse weiterhin vor dem Hintergrund einigermaßen stabiler gesellschaftlicher Strukturen ab. Was offen faschistische Bewegungen angeht, so sind gesellschaftliche und regionale Bereiche, in denen Nazis oder faschistische Subkulturen ihren Machtanspruch umsetzen, Ausnahmen.

Im Osten hingegen gelingt es den Faschisten, wesentlich mehr Anhänger in ihren regionalen Mobilisierungen auf die Straße zu kriegen. Sie verbuchen dort im Fahrwasser einer sich aggressiv gebärdenden völkischen Grundstimmung vor allem unter Jugendlichen beinahe erdrutschartige Mobilisierungserfolge. Ihre militanten Ausdrucksformen, die sich vom Westen unterscheiden, sind nicht in dem Maße marginalisiert. An der Basis sind sie oftmals ein nicht mehr wegzudiskutierender Faktor in der politischen Willens- und Meinungsbildung geworden und dominieren in vielen Städten und Bereichen vielfach unwidersprochen politische und kulturelle Diskurse; auf der Straße wird dieser Herrschaftsanspruch symbolisch und praktisch nachvollziehbar umgesetzt.
3500 Nazis, die in Rostock ungehindert marschieren senden vor diesem gesellschaftlichen Background das Signal aus, das die Straße tatsächlich gewonnen ist. Sie demonstrieren nicht nur für Führer, Volk und Vaterland, sie demonstrieren, daß es ohne Risiko bleibt, mit dieser Gesinnung auf den Straßen zu marschieren. Das psychologische Signal, das sie dabei an all jene aussenden, die längst zu schwach sind, sich zu wehren und sich deshalb in den rechten Mainstream einpassen, ist fatal. Denn Nazis sind gefährlich, Nazis ohne Angst sind noch gefährlicher.
Auch in der Psychologie der Faschisten und ihrer potentiellen Sympathisanten, die nicht einmal mehr Widerstand wahrnehmen, ist dies ein entscheidender Faktor, demonstriert er im Kampf um die Vorherrschaft auf der Straße doch tatsächlich reale Erfolge und zieht somit weitere Menschen an.

Wie wir schon erwähnt haben, ist im Westen diese Entwicklung in der Form nicht zu beobachten. Dies begründet sich nicht nur durch eine andere Bevölkerungsstruktur mit ihrem größeren Anteil an ImmigrantInnen, sondern auch durch eine spezifische Geschichte des Westens, in deren Verlauf sich linke und linksliberale Milieus überhaupt herausbilden konnten.



Im Osten Deutschlands fehlt dieses Korrektiv fast gänzlich, nicht zuletzt eben resultierend aus einer anderen gesellschaftlichen Entwicklung und dem massiven Bruch der gesellschaftlichen Wirklichkeit vor 10 Jahren. Das Potential, das den Nazis in der direkten Konfrontation oder in der Kleinarbeit an der Basis etwas entgegensetzen könnte, ist schwach entwickelt - mit Ausnahme weniger regionaler Zentren, in denen es tatsächlich gelingt, den Einfluß der Faschos gering zu halten. Dieser Aspekt muß von der antifaschistischen Bewegung wahrgenommen und verstärkt diskutiert werden, weil sich anhand der Unterschiede auch unterschiedliche antifaschistische Strategien entwickeln müssen.

Wenn der sozialen Etablierung, die rassistische und offen faschistische Positionen im Osten zunehmend haben, ohne das sie direkt von organisierten Faschisten abgeschöpft werden müssen, im Westen weiterhin eine relative Stigmatisierung entgegensteht, dann ist dies ein Umstand, an dem wir uns orientieren müssen.
Um es noch einmal zu verdeutlichen:
Es geht nicht um rassistische Grundstimmungen, die es im Westen wie im Osten gleichermaßen gibt. Es geht nicht darum, den strafenden Finger Richtung Osten zu erheben, sondern es geht um die simple Feststellung, daß wir es mit unterschiedlichen Ausformungen rassistischer Mobilisierungen zu tun haben.
Die antifaschistische Bewegung muß zunächst einmal überhaupt wissen, wovon sie spricht: Redet sie von einer rassistischen Politik, die sich bundesweit einheitlich vollzieht, von einer Form bürgerlichen Rassismus, der Flüchtlinge von der Teilhabe an dieser Gesellschaft ausschließt oder redet sie von einer völkischen Mobilisierung, die ihren radikalen Ausdruck unter Jugendlichen findet?
Wenn wir von letzterem sprechen, dann müssen wir eben auch sagen, daß die Regionen und Städte, in denen sich "ausländisch" aussehende Menschen, linke Jugendliche und Angehörige verschiedener Subkulturen nicht mehr auf die Straßen trauen können, in Ostdeutschland liegen.

Eine nötige Diskussion erfordert somit zwei Differenzierungen. Zum einen die zwischen dem im bürgerlichen Staat vermittelten Rassismus und einem Rassismus, der sich auf der Straße mörderisch austobt, zum anderen die obengenannte Trennung zwischen den realen Zustandsformen faschistischer Bewegungen im Osten und Westen. Diese Differenzierungen vorzunehmen, ist wichtig. Geschehen ist dies aber solange nicht, wie auf Demos gegen Naziaufmärsche Parolen wie "Hinter dem Faschismus steht das Kapital" gerufen werden oder in ganz offensichtlich verlorenen Gebieten die Unterstützung einer vor Ort längst nicht mehr vorhandenen antifaschistischen Jugendszene zum Programmpunkt antifaschistischer Arbeit erhoben wird.
In einem abstrakten Sinne ist es sicherlich nicht ganz falsch, die Zusammenhänge zwischen bürgerlicher kapitalistischer Herrschaft und der Existenz faschistischer Bewegungen zu denunzieren, im Zusammenhang einer faschistischen Bewegung, die ganz und gar nicht im Sinne des bürgerlichen Staates ganze Regionen zu "national befreiten Zonen" reklamiert, führt diese Strategie aber in die völlige Orientierungslosigkeit, zumal ja auch die Nazis im Osten sich als antikapitalistische Kraft inszenieren.

Während sich die BFB's, Stoibers und andere nämlich mit ihrem neoliberalen bürgerlichen Rassismus systemimmanent geben und es auch sind, ist es das braune Jungvolk im Osten nicht.

3. doing the right thing? Was tun, wenn der Aufmarsch mal wieder nicht verhindert wurde?

Es ist bezeichnend, daß der einzige einigermaßen geistreiche Kommentar zum Nazi-Aufmarsch in Rostock von einem ausgewiesenen Soziallaberer, nämlich Eberhard Seidel-Pielen kam, der am 21.9. in der taz feststellte, daß die Nazis nicht von der ostdeutschen Zivilgesellschaft aufgehalten werden können. Ob das stimmt oder nicht, es macht wenigstens Sinn, darüber nachzudenken. Seidel-Pielen forderte die ernsthafte Überlegung, "Re-Education" zu betreiben oder - wenn es ein muß - über wirtschaftliche Sanktionierungen nachzudenken. Lassen wir die typische westliche Arroganz dieses schwer aufgeklärten Linksliberalen mal beiseite, müssen wir allerdings feststellen, daß der Mann dort recht hat, wo er konstatiert, daß das Problem massenhaft auftretender militanter Neonazis tatsächlich ein ostdeutsches Problem ist, das von den wenigen "Linken" nicht gelöst werden kann.

Allemal hat er interessantere Aspekte in die Diskussion eingebracht, als bspw. die FR, deren Kommentator sich darüber freute, daß Rostock-Lichtenhagen für einen Tag zu einer "liberal befreiten Zone" geworden ist. So weit sind wir schon, und wenn dies die Verfaßtheit selbst des linksliberalen Bürgertums widerspiegelt, deren Sprachorgan die FR ja nun einmal ist, dann ist es allerdings höchste Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, wie die antifaschistische Bewegung denn mit diesem auf uns zurollenden Problem umzugehen gedenkt.

Diese Frage stellt sich natürlich zum einen weiterhin bei der konkreten Verhinderung (oder seien wir mal bescheiden: Behinderung) von Naziaufmärschen. Das heißt, mit welchen Strategien werden wir dies auch zukünftig versuchen und was lernen wir daraus, zum Beispiel am 19.9. böse aufgelaufen zu sein? Zum anderen umfaßt es die Frage, wie es auch zukünftig möglich sein kann, die militante Option einzulösen - eine Option, die wir dringend wieder einfordern.

Auf einer anderen Ebene brauchen wir eine Diskussion darüber, wie wir jenseits des konkreten Widerstands gegen das Auftreten von Nazis gesellschaftlich intervenieren können.

Wir können in diesem Zusammenhang zum Beispiel die Frage aufwerfen, ob sich eine solche politische Intervention im Osten nicht vor allem auch in kulturellen Sektoren vollziehen müßte, wo sich die direkte Konfrontation mit Nazis am ehesten entscheiden wird. Allen politischen Erosionen zum Trotz gibt es bis heute in der BRD nämlich immer noch eine Vielzahl explizit nicht-rassistischer Jugendkulturen, deren Mobilisierung nicht unmöglich ist.

Hier ist auch die antifaschistische Bewegung aus dem Westen gefragt, ihre seltenen Auftritte im Osten nicht nur auf Demos zu beschränken. Politische und jede andere praktische Zusammenarbeit mit Antifas im Osten, die unter ungleich schwierigeren Bedingungen aktiv sind, kennt nämlich auch andere Bereiche.

Wir wollen mit diesen Anmerkungen darauf hinaus, daß die Verhinderung von Nazidemos keinesfalls die einzige politische Intervention ist, die von uns erwartet werden kann. Es ist heute wichtiger denn je, den Nazis entgegenzutreten. Damit sprechen wir auch jene Linksradikalen an, die heute behaupten, es sei politisch wirkungs- und sinnlos, die Konfrontation mit den Nazis zu suchen. Es sind meist diejenigen, die noch in den 80ern kein Problem damit hatten, tatsächlich gesellschaftlich isolierten 100 Nazikadern durchs ganze Land hinterherzureisen, um ihre Treffen zu verhindern. Heute sieht die Situation anders aus und von einer gesellschaftlichen Isolation kann zumindest im Osten nicht mehr gesprochen werden. Hier geht es tatsächlich um existentielle Fragen, die in den Hochzeiten des autonomen Antifaschismus höchstens auf dem Papier existierten. Die militanten Erfahrungen, die die antifaschistische Bewegung mit den Nazis gesammelt hat, müssen heute wieder auf den Tisch!

Auf die Tagesordnung muß eine Diskussion, in der die Einlösung dieses Anspruchs neu bestimmt wird. Angesichts immer wiederkehrender Bullenszenarien, an denen wir scheitern, müssen wir uns die Frage stellen, wie wir denn die Nazis im Zweifelsfall noch empfindlich stören können.

Auf die Tagesordnung muß aber auch ebenso dringlich der zweite Aspekt, den wir angesprochen haben. Wenn wir zu dem Ergebnis kommen, daß wir mit zwei unterschiedlichen Dimensionen faschistischer Bewegungen konfrontiert sind, kann daraus nur eine Diskussion über weitergehende antifaschistische Konzepte folgen, die vor allem im Osten entwickelt werden müssen und die wir an dieser Stelle bewußt nur angeschnitten haben, weil zum jetzigen Zeitpunkt sicherlich noch nicht einmal eine weitgehend übereinstimmende Einschätzung innerhalb der Antifa-Bewegung existiert. An der jedoch sollte gearbeitet werden.

1 autonome antifaschistische gruppe aus hh

Gegen die Verdrehung der Geschichte

Termine der Antifaschistischen Kampagne „Keine Träne für die Täter in Henstedt-Ulzburg und anderswo !"

Donnerstag, 5. November, 20.30 Uhr
„Als Soldaten Mörder wurden", Palette-Kino Norderstedt, Ohechaussee 11

Freitag, 6. November. 19.30 Uhr: Referat „Antifaschistischer Widerstand im dritten Reich". Referent Karl-Otto Meyer (SSW), Forum im Schulzentrum, Maurepasstr., Henstedt-Ulzburg

Montag, 9. November, 20.30 Uhr: Film „Sag nicht keinmal", Jüdischer Widerstand in Nazideutschland + Referent, Palette-Kino Norderstedt

Donnerstag, 12. November, 20.00 Uhr: Referat „Neue Rüstungskonzeption der Bundeswehr". Referent: Bernd Meimberg, Zusammenarbeitsausschuß der Friedensinitiativen Schleswig-Holstein, Rathaus Norderstedt, Foyer 2, Rathausallee 50, U-Bahn Norderstedt-Mitte.

Demonstration
„Keine Träne für die Täter aus Wehrmacht und Nationalsozialismus in Henstedt-Ulzburg und anderswo!"
Samstag, 14. November, 11.00 Uhr; Treffpunkt: Ulzburg-Center-Parkplatz, AKN Ulzburg

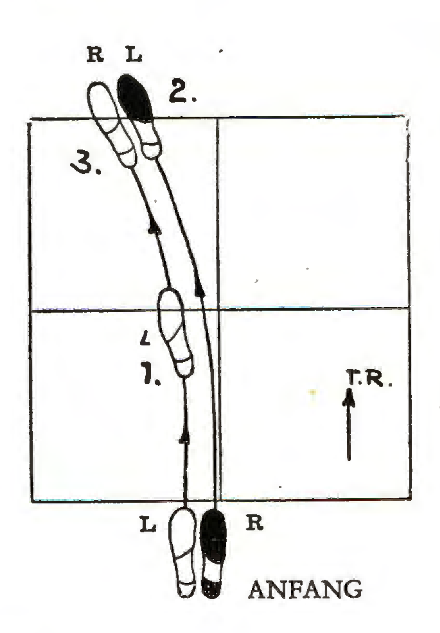
Der Fall Rostock:

Das Ende oder der Anfang neuer Perspektiven

(aus Interim 461, 15.10.98)

Nach dem größten Happening des wiedervereinigten deutschen Mobs im August 1992 lag ein dunkler Schatten über dem Image der Stadt Rostock. Kein zweiter Ort in Deutschland hatte sich zu solch einem Symbol für den Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft und der anschließenden Umsetzung des Drucks der Straße durch das Parlament entwickelt. Zwar gab und gibt es noch tausend andere Orte des Grauens, dessen unvollständige Aufzählung den Rahmen dieser Zeitschrift wohl bei weitem sprengen würde, aber Rostock hatte es nun einmal erwischt.

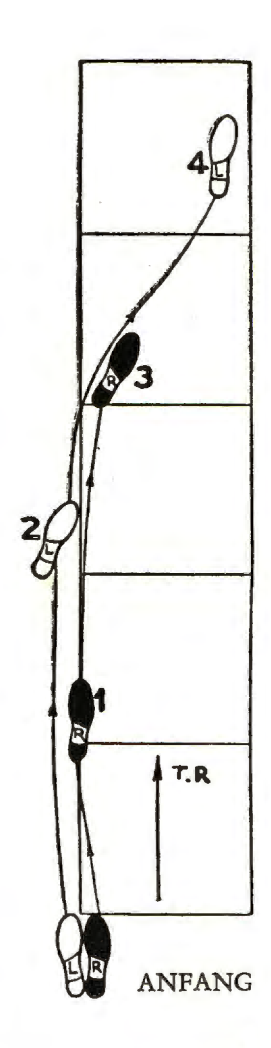
Wen wundert es da also, daß der angekündigte Aufmarsch der NPD am 19.9.1998 den Rostockerinnen und Rostockern gerade recht kam, um sechs Jahre nach dem Pogrom wieder eine Chance auf den so lange ersehnten Sonnenstrahl zu wittern. Die Rechnung der RostockerInnen war einfach. Die Nazis sollen doch marschieren, wenn sie zwei Bedingungen erfüllen: erstens bloß keine Demonstration bzw. Kundgebung vor dem sogenannten „Sonnenblumenhaus“, da so nur zu leicht die Bilder von damals wieder in die internationalen Schlagzeilen geraten könnten und zweitens, die Nazis dürfen auf keinen Fall mehr TeilnehmerInnen stellen als die Bündnisdemonstration für das saubere Rostock. Die dritte Bedingung, daß es auf gar keinen Fall zu Krawallen oder Ausschreitungen kommen darf, wurde mit politischem Scharfsinn nicht an die Nazis gestellt, sondern an die im Bündnis beteiligten Antifas. Soviel zur Situation in Rostock und den Interessen der Bevölkerung. Für Antifas an diesem Tag zwar keine besonders guten Voraussetzungen, aber auch nichts außergewöhnliches.

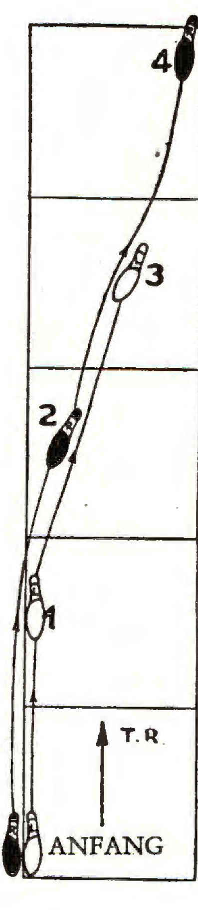


Was die Aktivitäten in Rostock für uns allerdings zu etwas besonderem gemacht hat, war, daß hier fast alle an der autonomen Antifa kritisierbaren Punkte höhepunktartig zusammenfielen. Und das Schlimme dabei ist, daß so eine Situation in den meisten Städten genauso wieder passieren könnte. Deutlich wurde dies unter anderem daran, daß sich im Vorfeld fast keine Gruppe kritisch mit den Vorbereitungen zur Mobilisierung nach Rostock auseinandergesetzt hat und nur so die Rostocker Antifas die Möglichkeit hatten, ihr Konzept, bestehend einerseits aus organisierter autonomer Avantgarde und andererseits aus breitem Volksbündnis (andere Politikansätze wurden gar nicht beachtet), durchzuziehen. Hätten sich mehrere Gruppen gegen so ein Konzept ausgesprochen und auch ihre Mobilisierung davon abhängig gemacht, wäre es wohl kaum einer mobilisierenden Gruppe egal gewesen, was andere Gruppen von ihrem Konzept halten. Und hier sehen wir eine Ausnahme bei den Rostocker Antifas, ihnen war es anscheinend egal, denn sie hatten die Auflage des Bündnisses - keine Krawalle, keine Ausschreitungen. Da wollten Sie sich lieber nicht auf die Antifas verlassen, denn ein Stillhalteabkommen zwischen der autonomen Antifa und dem Rostocker Bündnis gegen Rechts kam nicht zustande.

Natürlich fällt es uns jetzt nach den Ereignissen leichter, sagen zu können, daß wir uns nicht mehr erhofft haben, aber wieso war es möglich, daß das Konzept von fast allen Antifagruppen getragen wurde? Auf Grund solch inhaltlicher und konzeptioneller Differenzen ist es für uns nicht möglich viele Leute für solche Großereignisse zu mobilisieren, denn als mitorganisierende Gruppe trägt man - und das in nicht geringem Maße - Verantwortung für die Leute, die mobilisiert werden. Gerade bei großen Naziaufmärschen bzw. grösseren Demonstrationen sind wir genauso auf die unorganisierten AntifaschistInnen angewiesen wie sie auf ein gut durchdachtes und vor allem realistisches Konzept. Und gerade dadurch ist es für die mobilisierende Gruppe unabläßlich, sich der Verantwortung bewußt zu sein und diese zu übernehmen.

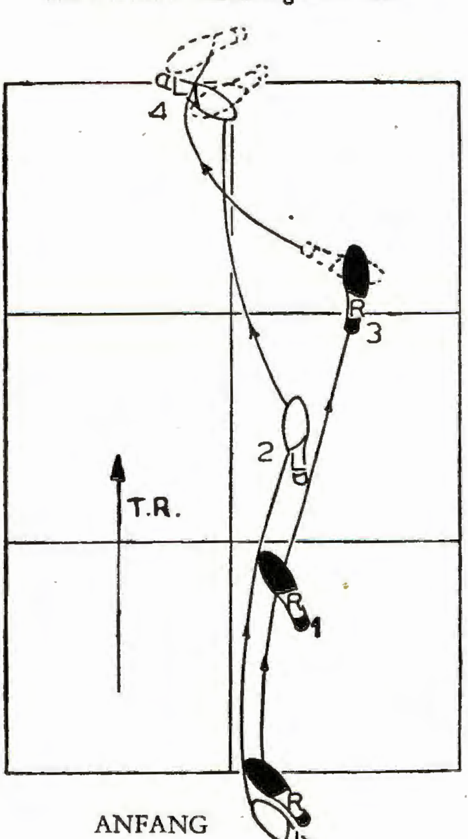
Die Rostocker wurden mit ihrem Konzept dieser Verantwortung nicht gerecht. Sie boten einzelnen und unorganisierten Antifas keine Möglichkeit sich



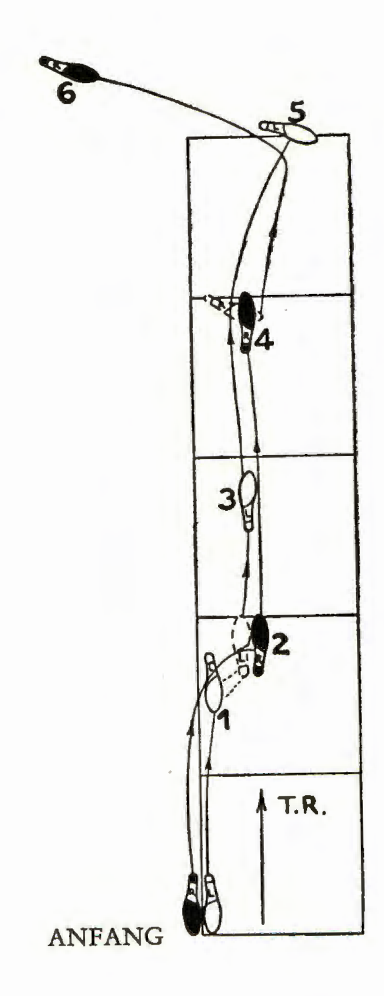


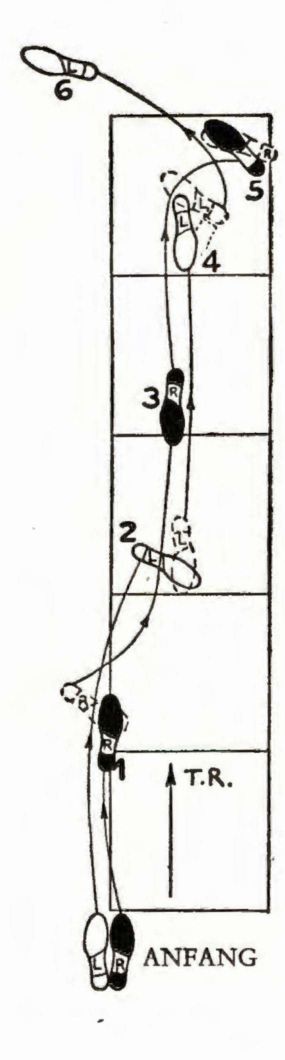
zu beteiligen (sei es durch Ausschluß aus dem Informationsfluß oder durch Nichtbeachtung von Kritik) und sorgten auch nicht für deren Schutz. Warum haben dann die anderen Antifagruppen, die nach Rostock mobilisierten, nicht interveniert? Die positivste Annahme dabei ist sicher noch, daß sich die teilnehmenden Gruppen generell zu wenig mit dem Konzept der vor-Ort-Gruppe auseindersetzen, sondern einfach nur hinfahren - egal wohin und zu was. Leider enden solche Ausflüge immer öfter für viele Leute im Polizeikessel, nach einer Polizeisperre in irgendeinem Stadtteil, wo weit und breit keine Nazis sind, oder sogar im Unterbindungsgewahrsam.

Wie konnte es überhaupt zu so einem Konzept kommen?
Das Rostocker Konzept ist für uns die Folge einer fehlenden inhaltlichen Auseinandersetzung und einer Gutgläubigkeit gegenüber den im Bündnis beteiligten Gruppen. Es wurde versäumt, eigene antifaschistische Inhalte einzubringen und eine eindeutige Positionierung der Bündnispartner einzufordern (z.B. auch zur sogenannten „Gewaltfrage“) um so in späteren Situationen einen von allen getragenen Konsens zu haben, der ein konkretes Handeln ermöglicht. Anhand dieser inhaltlichen Auseinandersetzungen wird sich auch erst feststellen lassen, mit wem man im Bündnis zusammenarbeiten kann und wer aufgrund dessen als potentieller Bündnispartner wegfällt. Diesen Schritt sollte man unbedingt gehen, um später unerwarteten Situationen vorzubeugen bzw. um nicht irgendwann feststellen zu müssen, daß man im Bündnis keinen Einfluß und keine Bedeutung mehr hat.



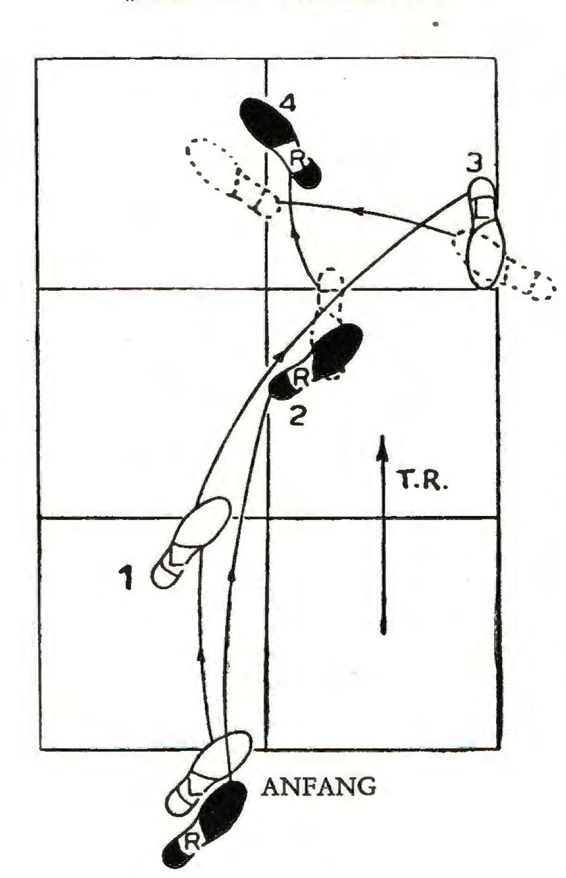
Die inhaltliche Arbeit setzt natürlich eine Reflexion der Situation voraus und sollte nicht aus dem immer wieder herauskehren veralteter Parolen bestehen, wie es zuletzt die Rostocker Antifas glänzend praktizierten. Kein Wort von den 1992 Beifall klatschenden BürgerInnen, kein Wort von dem alltäglichen Rassismus heutzutage. Statt dessen gehen die Rostocker Antifas davon aus, „daß in Rostock die allermeisten den Nazi-Aufmarsch nicht wollen“. Da in Rostock beinahe alle gesellschaftlichen Kräfte den Bündnisaufruf unterstützen, müssen die Rostocker eher aufpassen, daß da jetzt „Einzelne die Breite nicht für eigene Profilierung ausnutzen“ und die arme Bevölkerung, die „dennoch offene Ohren“ für die rassistischen Parolen hat, nicht pauschal beschimpft wird. Statt dessen „sollten wir uns lieber die Mühe machen, unsere eigenen argumentatorischen Defizite zu überarbeiten“ (alle Zitate aus dem Rostocker Antifa-Aufruf). Wenn man die Bevölkerung dermaßen in Schutz nimmt und als eigenes Ziel seiner Aktivitäten angibt, nicht immer nur als Chaoten dargestellt zu werden, sondern lieber mit den lokalen Behörden und der Bevölkerung auf Schmusekurs zu gehen weil dadurch die eigenen Strukturen gefestigt werden, sollte man sich nicht über die Ereignisse am 19.9.1998 wundern. Wie bereits weiter oben erwähnt, ging es den RostockerInnen nämlich nicht um die Verhinderung des Naziaufmarsches sondern um die Reinwaschung ihrer eigenen Mitschuld an den Pogromen 1992.
Daß die meisten Antifagruppen zu fast jeder größer mobilisierten Demo fahren, ohne sich inhaltlich und konzeptionell zu positionieren, zeigte sich für uns bei der Demo in Rostock einerseits und bei einer heutigen Betrachtung der Wurzen-Demo vom 16.11.1996, wo wir ca. 6.000 AntifaschistInnen mobilisieren konnten. Dort konstatierten wir „Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen“ und machten es zu einem Hauptinhaltspunkt, die ideologischen Gemeinsamkeiten von militanten Nazis und der sie schützenden Bevölkerung zu thematisieren. Folgerichtig demonstrierten wir unter dem Motto „Kampf den braunen Zonen - Den rechten Konsens durchbrechen! Keine Räume für Faschisten!“ auch gegen die dort ansässige Bevölkerung und nicht nur gegen deren Keulen schwingende Kinder. Auch zum 1. Mai versuchten wir, die rassistische Grundstimmung in der Bevölkerung zu thematisieren: „Die Nazis agieren innerhalb eines gesellschaftlichen Zustandes, dessen Unterstützung sie sich gewiß sein können. Sie können sich als





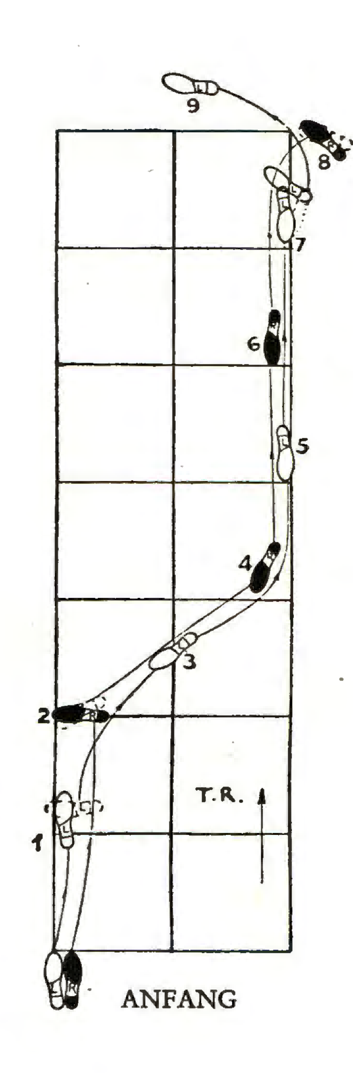
elitäre Vorreiter der rassistischen Bevölkerung begreifen. ... denn die Bevölkerung findet im Auftreten der Nazis auch ihre eigenen Sekundärtugenden und Vorstellungen von gesellschaftlicher Ordnung wieder". (aus dem Aufruf des Bündnisses gegen Rechts Leipzig zum 1. Mai 1998).

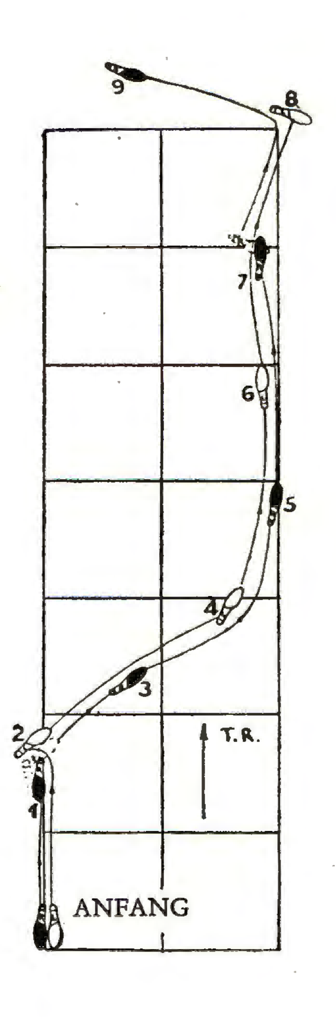
Dachte man, eine Kritik am rassistischen Konsens innerhalb der deutschen Bevölkerung hätte sich in autonomen antifaschistischen Zusammenhängen langsam zu einem Selbstverständnis entwickelt, wurde man spätestens durch Rostock und Chemnitz eines besseren belehrt. Die Kritik an dem Rassismus der Bevölkerung mußte in Rostock auch deshalb ausbleiben, da sich das Rostocker „Bündnis gegen Rechts" gemeinsam mit dieser unter dem Symbol des Schmetterlings vereinigte. Der Schmetterling, welcher 1989 die Rostocker Bürgerbewegung, also gleichzeitig die „Deutschland einig Vaterland"-Bewegung symbolisierte, verbietet eine Hinterfragung des gesellschaftlichen Rassismus. Logische Konsequenz daraus war, daß die Rostocker Antifas eine Demo in Lichtenhagen befürworten, die durch eine Suppe aus BürgerInnen und „untergetauchten" autonomen Antifas das antifaschistische Rostock präsentieren sollte.
Wer mit dieser Tradition nichts zu tun haben will und sich „nur" als Antifaschist in Rostock gegen den NPD-Aufmarsch stellen wollte, mußte sich von vornherein darüber im Kloaren sein, daß er als „böser Antifa" kriminalisert wird.



Das Pünktchen auf dem sogenannten „I" lieferte das Rostocker Bündnis gegen Rechts letzlich mit einer Distanzierung von den „gewalttätigen Linksautonomen". Eigene antfaschistische Politkansätze wie wir sie versuchen durchzusetzen, kamen so kaum oder gar nicht zur Geltung. Im Gegensatz zu den Vorstellungen der Rostocker Antifas, aber auch vieler anderer Antifagruppen, halten wir es für völlig falsch, mit dem eigenen antifaschistischen Auftreten den Versuch zu unternehmen, daß „andere Deutschland" zu repräsentieren. Denn solange die Konstatierung des rechten Konsenses in der Gesellschaft richtig bleibt, solange gewährt die Fiktion eines „anderen Deutschland" der Nazimobilisierung nur Deckung. Die Analyse, daß die Lichterketten Irrlichter waren, stimmt für uns immer noch, und gerade durch solche Anti-NPD-Kundgebungen wie sie auch in Rostock abgehalten wurden, ändert sich die rassistische Substanz in weiten Teilen der Bevölkerung mit Sicherheit nicht. Und dies schon deshalb, weil häufig, wie auch in Rostock, offizielle Vertreter rassistischer und nationalistischer Politik vertreten sind. Solche antifaschstischen Bündisdemos bedeuten damit immer auch ein Stück Heuchelei.
Perspektivisch gesehen glauben wir, daß die einzig effektive Aktionsform gegen Nazidemonstrationen nur darin bestehen kann, genau dort zu agieren wo auch die Nazis sind. Dies eröffnet uns zum einen die Möglichkeit den Handlunsspielraum der Nazis einzuschränken und bildet zum anderen die Voraussetzung, ihnen ihre Medienpräsenz zu nehmen. Die Vorstellung eines Chaos, daß untrennbar mit Nazidemos verbunden sein könnte, eröffnet uns zumindest ansatzweise die Möglichkeit, ihnen die Show zu stehlen. Der gute Ruf der Stadt, der durch eine solche Berichterstattung angeblich ruiniert wird, ist sowieso nirgends legitim, wo Nazis ungestört aufmarschieren können.
Antifaschismus hat unserer Meinung nach künftig nur eine Perspektive, wenn Klarheit darüber besteht, mit welchen Ansprüchen an Bündisarbeit herangegangen wird und eigene Inhalte dabei nicht verloren gehen. Und diese sollten sich, wie schon mehrfach in Debatten erwähnt, vor allem um eine Abrenzung von Lokalpatriotismus und dem Wunsch das „andere Deutschland"zu repräsentieren bemühen und eher den Versuch unternehmen, sich durch das eigene Engagement von einem deutschen Konsens zu emanzipieren.

Bündnis gegen Rechts Leipzig





„Konsens gegen Nazis schaffen!“
Die Antifa Rostock antwortet auf die Kritik an der Rostocker Demo mit einem Bündniskonzept

„Die Aktivitäten gegen den Naziaufmarsch am 19. September in Rostock werfen die Frage nach den grundsätzlichen Positionen antifaschistischer Politik und deren Konsequenzen für die Bündnispolitik auf.“ Diese Einschätzung des Leipziger Bündnis gegen Rechts (BgR) teilen wir voll und ganz.
Wir wollen daher unseren Ansatz hier zu Diskussion stellen. Eine Auseinandersetzung darum soll aber nicht in einen weiteren Grabenkampf innerhalb der Linken ausarten, sondern an Ergebnissen und der weiteren Arbeit orientiert sein.
Unserer Meinung nach geht es vor allem um die Vermittlung unserer Positionen in der Öffentlichkeit und um ihre gesellschaftliche Relevanz. Daher muß die mittelfristige Strategie, die sich aus den gegenwärtigen gesellschaftlichen Umständen ableitet, diskutiert werden . Dies schließt auch Diskussion ein, unter welchen Umständen und unter welcher Zielsetzung eine bundesweite Antifa-Mobilisierung sinnvoll ist. Wann jedoch hat sie Aussicht auf Erfolg?
Die Tatsache, daß bis zu 20 Prozent der Wähler nicht ausschließen können, rechtsextrem zu wählen, zeigt deutlich, wieweit rassistische und nationalistische Argumentationen Teil des gesellschaftlichen Diskurses geworden sind. Hinzu kommt eine Kultur des „Rechtsseins“ und die damit verbundene Hegemonie, auch militanter Art in vielen Regionen. Die Situation ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht viel anders als in Sachsen.
Diese Entwicklung zeichnete sich in den letzten Jahren immer deutlicher ab, und alle Versuche der Antifa zu intervenieren haben keinerlei längerfristigen Erfolg gezeigt. Immer wurde festgestellt, daß die Stiefelnazis einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung haben, und so wurden bei Aktionen Anwohner und Nazis gleichermaßen angegriffen und damit die Annäherung zwischen beiden Gruppen weiter gefördert.
Die Demos waren immer geprägt durch militantes Auftreten, ohne zu reflektieren, ob dies in der Situation notwendig war bzw. ob dies dem Staatsapparat unsere Stigmatisierung und Isolierung erleichterte. Als positiv wurden immer das kraftvolle Erscheinen und die erhoffte Stärkung des Selbstbewußtseins unserer Szene hervorgehoben.
Hinzu kam, daß wir meinten, radikale Inhalte in der Öffentlichkeit dargestellt zu haben. Um diese von uns eingebrachten Positionen fand jedoch keine Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit statt, sie waren von vornherein diskreditiert. Darüber hinaus stärkte diese Politik nicht einmal unser Selbstbewußtsein, sondern es entstand eine Situation, in der sich Antifas nicht einmal einen „Fußbreit“ erkämpfen konnten. Ein solches Vorgehen hat keinerlei gesellschaftliche Relevanz, und logischerweise konnten wir den Rechtsextremismus kaum aufhalten. Ein weiteres Festhalten an dieser Politik erweckt den Eindruck, es gehe den Protagonisten um die Aufrechterhaltung des Status quo.
Die undogmatische Linke muß sich die Frage stellen, welche Strategie es ihr ermöglicht, ihre Inhalt zu verbreiten - kritische Politik zu machen, die auf die Gesellschaft wirkt - und auch ihrer (historischen) Verantwortung gerecht zu werden. Wir müssen die Auseinandersetzung durch längerfristig orientierte Bündnispolitik auch mit „linken“ bürgerlichen Kräften suchen, wobei unsere Einschätzungen und Kritiken transparent und nachvollziehbar werden müssen. Hierzu ist ein schrittweises Vorgehen notwendig.
Als Zwischenziel wollen wir die gesellschaftliche Ächtung der Naziszene vorantreiben, um so den Schulterschluß zwischen den rassistischen Teilen der Bevölkerung und den Rechtsextremen zu verhindern bzw. zurückzudrängen. Wir wollen einen „Gegen Nazis“- Konsens herbeiführen! Dies beinhaltet für uns in erster Linie die Diskussion um Kaderstruktur, rechte Subkultur, akzeptierende Jugendarbeit und Zivilcourage eines jeden. Hierdurch würde die für viele lebensbedrohliche jetzige Situation entschärft.
An diesen Inhalten muß sich eine Kampagne des Bündnisses orientieren. Ein weitergehender Schritt ist die Auseinandersetzung mit staatlichem und staatlich genutztem Rassismus und die Funktion und Ausbreitung von nationalistischen Argumentationen in der Gesellschaft. Forderungen nach demokratischen Rechten für alle hier lebenden Menschen und der gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sollten als Alternative zur jetzigen Situation in die Diskussion eingebracht werden.
Neben Umständen, auf die wir keinen Einfluß hatten (Polizeipräsenz, Organisierungsgrad der Antifa etc.), trugen die unzureichenden Diskussionen im Rostocker Bündnis über das gemeinsame Vorgehen sicher zu unmöglichn Situation am 19. September bei. Insofern sehen wir unsere Arbeit und Rolle im Bündnis durchaus kritisch.
Grundsätzlich halten wir an dieser Politik fest. Ausführliche Diskussionen um den 19. September und die weitere Arbeit werden zur Zeit im Bündnis geführt. Wir werden sehen, ob es uns gelingt, eine Strategie zu entwickeln, die positiv in die Gesellschaft wirkt.

Antifa Rostock

aus Jungle World Nr. 43, 21. Oktober 1998



Täglich eine Demo

zur Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Am 14. August war sie in Bremen losgezogen - die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen. Eine Kerngruppe von ungefähr vierzig AktivistInnen bereiste bis zum 19. September über vierzig Orte und Städte in der BRD. Unter dem Motto „Wir haben keine Wahl, aber eine Stimme !" wurden dort Aktionen und Veranstaltungen von Flüchtlings- und MigrantInneninitiativen und deren UnterstützerInnengruppen durchgeführt. Zur Abschlußdemonstration kamen über 2000 AktivistInnen.

Die Karawane sollte in der Wahlkampfzeit gegen die rassistische Politik demonstrieren und zur bundesweiten Vernetzung von Flüchtlings- und MigrantInnengruppen beitragen. Die Idee war, daß Flüchtlinge und MigrantInnen - soweit sie rechtlich dazu in der Lage waren - die Vorbereitung und Durchführung der Karawane selbst in die Hand nehmen sollten. Daß bei einem relativ schnell aus dem Boden gestampften Projekt (die Vorlaufzeit war ein dreiviertel Jahr) eine fünfwöchige Karawane entstand - damit hatte kaum jemand gerechnet. Noch wenige Wochen, bevor die Karawane loszog, waren entscheidende Fragen offen - die genaue Strecke, der Transport und die Finanzierung. Daß die Karawane in dieser Form dann doch zustande kam, zeigt das starke Bedürfnis von Flüchtlingen, MigrantInnen und deren UnterstützerInnen auf die Folgen der rassistischen Politik aufmerksam zu machen.

Die Karawane unterwegs

Doch die Erfahrungen mit der „Karawane" waren sehr unterschiedlich. Kamen zum Start in Bremen noch über 1000 Menschen, so waren es drei Tage später in Hamburg nur noch 300, die sich an den Aktionen beteiligten. Bis auf ganz wenige Ausnahmen war es ein Treffen der antirassistischen Szene. Selbst bei der Pressekonferenz am nächsten Tag waren nur die „üblichen" VertreterInnen anwesend. Im Hamburger Lokalteil der taz gab es auch einen kleinen Artikel zum Ereignis - aber die großen Zeitungen schwiegen. Auch in Berlin lag die Resonanz weit unter den Erwartungen der OrganisatorInnen.

In kleineren Städten und Orten stieß die Karawane auf mehr Aufmerksamkeit. Die Absicht, daß sich auch regionale Gruppen miteinander vernetzen, wurde hier schon eher umgesetzt. Es kam auch zu eher kuriosen Ereignissen, z.B. in Forst, einem kleinen Ort an der ostdeutschen Grenze in Brandenburg. Bekannt geworden war der Ort durch eine Zusammenarbeit des BGS mit Bürgerwehren zur „Abwehr" von heimlichen GrenzgängerInnen. Hier wurde die Karawane sogar vom Bürgermeister - er ist CDU-Mitglied - empfangen. Er hielt eine kurze Begrüßungsrede und stellte die Gemeinderäume für die Karawane zur Verfügung.

Das Schicksal von Flüchtlingen liegt aber nicht nur in den Händen von LokalpolitikerInnen, wie das Beispiel Tambach in Thüringen zeigt. Das Lager liegt im Wald, es ist mit einem Stacheldrahtzaun umgeben. So will der thüringische Innenminister Asylsuchende vor der Bevölkerung verstecken - zu ihrem eigenen Schutz, wie er versicherte. Wollen die Flüchtlinge in den nächsten Ort, sind sie auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Die Fahrt in die nächst größere Stadt kostet 15 DM; das monatlich ausgezahlte Taschengeld beträgt 80 DM. Die Verhältnisse in diesem Lager werden von dem thüringischen Flüchtlingsrat schon lange beklagt. Die Verpflegung für Flüchtlinge hat eine miserable Qualität und seit der letzten Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes ist die medizinische Versorgung auf unterstem Niveau. Der thüringische Flüchtlingsrat und die UnterstützerInnengruppe „The Voice" fordern seit langem die Schließung des Lagers.

In einigen Städten und Orten fand die Karawane Anknüpfungspunkte an soziale Bewegungen. In Tübingen gab es zeitgleich zur Karawane einen „Marsch nach Stuttgart", der von Initiativen Wohnungsloser organisiert wurde. Dort wurden gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt. Gegen Ausgrenzungspolitik wurde von der Karawane auch in anderen Städten - z.B. Berlin und Göttingen - demonstriert. Daß diese Bündnisse nicht nur einen flüchtigen Charakter haben sollen, war Thema der Rede eines der Initiatoren bei der Abschlußveranstaltung in Köln. Er betonte den gemeinsamen Kampf von Flüchtlingen/ MigrantInnen und Wohnungslosen gegen Ausgrenzung.

In den Grenzregionen zur Schweiz und Frankreich wurden gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen mit Gruppen und Initiativen aus der Schweiz (Asylkoordination) und Frankreich (sans papiers) gemacht. Am Grenzübergang nach Frankreich, der Europa-Brücke bei Kehl, kam es zur Begegnung der Karawane mit den sans papiers - der Grenzverkehr wurde eine Weile blockiert. Dies war eine der wenigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen, sie brachte zumindest kleine Meldungen in der überregionalen Presse.

Landung auf der Domplatte

Den Abschluß der Karawane bildeten eine Demonstration durch die Kölner Innenstadt und ein Kulturfest auf der Domplatte. Auf der Kundgebung sprachen neben den OrganisatorInnen der Karawane auch eine Vertreterin eines niederländischen Bündnisses, das in den nächsten Wochen eine Karawane durch sieben Städte der Niederlande veranstaltet. Ein Vertreter der britischen National Anti-Deportation Campaign berichtete von der Flüchtlingspolitk der New Labour Regierung. Die Bilanz: Seit letztem Jahr ist die Zahl der Abschiebungen aus Großbritannien gestiegen.

Daß die Veranstaltung durch einen starken Platzregen weitgehend aufgelöst wurde, ist symbolisch für die Karawane. Nur eine kleine Gruppe blieb bis zum Schluß der Abschlußkundgebug. In dieser Gruppe war die Stimmung durch nichts zu trüben.

Der Erfolg der Karawane wurde insgesamt sehr unterschiedlich bewertet. Es gab nur eine Gemeinsamkeit - die Enttäuschung über die geringe Resonanz in den Medien. Ansonsten scheint für diejenigen, die in der songenannten Kerngruppe unterwegs waren, die Karawane ein Erfolg gewesen zu sein. Alle betonten die gute Simmung und bewerteten die Zusammenarbeit in der Gruppe und das neue Bünnis, das daraus hervorgegangen sei, positiv. Schließlich sei die Karawane das Projekt mehrer MigrantInnen/Flüchtlingsgruppen gewesen, die sich erst durch die Karawane näher gekommen seien. Diese Konstellation soll Vorbildcharakter haben.

In der antirassistischen Zeitung *Morgengrauen*, die ihre neueste Ausgabe der Karawane widmete, wurde gar von der „aufregenden Geburt einer neuen Bewegung" gesprochen. Wenn die Karawane etwas bewirkt hat, dann ist es die Vernetzung der antirassistischen Szene - von Bewegung zu sprechen, ist schon alleine aufgrund der TeilnehmerInnenzahlen übertrieben. Ob dazu allerdings eine kräfteraubende und ressourcenverbrauchende Karawane notwendig war, diese Frage war in Köln häufiger zu hören. Bestimmt spielt hier die Doppelbelastung der Kölner UnterstützerInnen - Karawane und Kirchenasyl - eine Rolle. Andererseits, und diese Erfahrung wurde auch in anderen Städten gemacht, steht der Aufwand für die Aktion in keinem Verhältnis zur Resonanz.

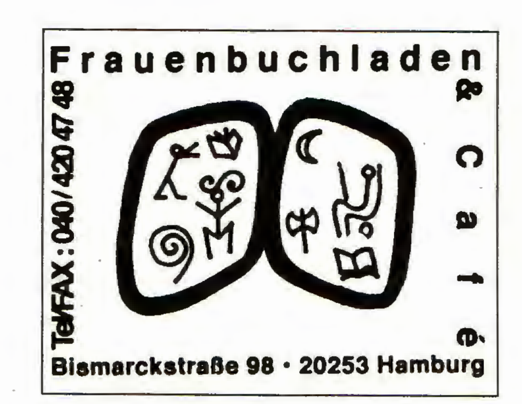
Zwar wird die Karawane von einem breiten Bündnis bis hin zu gewerkschaftlichen und kirchlichen Kreisen unterstützt. Die Unterstützung aber war oft nur formeller Art. War die Vorlaufzeit für die Karawane doch zu kurz, um die entsprechenden BündnispartnerInnen auf die Straße zu bringen? Oder geht das Interesse auch in der Linken an antirassistischer Politik zurück? Dies wird in den nächsten Wochen zu diskutieren sein, wenn es auch darum geht, den „antirassistischen Sommer" der Kampagne „Kein Mensch ist illegal" auszuwerten und zu beraten, was die nächsten Schritte sein werden.

ch.

aus ak 418, 24. September 1998


KETZER
CAFE & BAR
JULIUSSTRASSE 29A
22769 HAMBURG
PHONE 4398014


Schanzenstern
ÜBERNACHTUNGS- UND GASTHAUS
Bartelsstraße 12
20357 Hamburg
Tel.: 040 / 432 90 409
Fax: 040 / 439 34 13
http.//www.schanzenstern.de
RESTAURANT / CAFE
überwiegend mit Produkten aus ökologischem Anbau
Fleisch und Wurst ausschließlich vom Bioland-Hof
Hausgemachte Vollwertkuchen
täglich wechselnd Mittagstisch - Abendkarte
Sonntags Frühstücksbüffet kalt / warm
Mo 18.00 - 1.00 Uhr
Di-Sa 10.30 - 1.00 Uhr
So 11.00 - 1.00 Uhr
UNTER HAMBURGS STERNEN SCHLAFEN, OHNE ASTRONOMISCHE SUMMEN ZU BEZAHLEN
ab DM 33,- pro Nacht
Prospekt anfordern


Frauenbuchladen
& Café
Tel/FAX: 040/420 47 48
Bismarckstraße 98 · 20253 Hamburg


3001
Das Kino im Schanzenviertel
Vorstellungen um
16.00 + 18.00 + 20.30 + 22.30 Uhr
Schanzenstraße 75, im Hof
Telefon 040/43 76 79
U/S-Bahn Sternschanze


Imbiß International
Schulterblatt 69
20357 Hamburg
(früher: Weiße Ecke)


KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL
SCHANZEN-BLITZ
Normalkopie 10 Pfennig
Laser - Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-
Notdienst, nach Absprache
Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00


Buchhandlung
IM SCHANZENVIERTEL
Literatur & Politik
Schulterblatt 55
Tel. 040/430 08 08
Fax. 040/430 16 37
Kinderbuch & Pädagogik
Schanzenstraße 6
Tel. 040/430 08 88
Montag - Freitag
9.30 - 18.30
Samstag
10.00 - 14.00
c/o DIE DRUCKEREI
20357 Hamburg

Rote Flora im November

Dienstag 3.Nov	Dubcafe mit Weed Acoustix	ca. 18 Uhr
Mittwoch 4.Nov	Vollmond Orchester	21 Uhr
Samstag 7. Nov	Soliparty für das CAFE EXIL auf 2 floors mit Techno + Dub vom Berzerk Mode Sound-Nagel Trip Hop + Drum`n Bass von Meister Ekkard	22 Uhr
Sonntag 8.Nov	Club der kulturell Verunsicherten	22 Uhr
Dienstag 10. Nov	Dubcafe mit Schlump Vibration	ca. 18 Uhr
Freitag 13. Nov	Konzert: Zeitgenössischer Rock Pop mit Charles Kurtis Trio (New York - HH) *Drone-Rock with Poetry* Les Idiots (Madrid - Paris - Pforzheim) *Live Musik* Spalt (St. Georg - Pinneberg) *Gitarre Gitarre Baß*	22 Uhr
Samstag 14. Nov.	Subkultan - elektronische Tanzmusik Eule / Daniel Soliparty für ZECK	22 Uhr
Sonntag 15. Nov	Lesung: Brecht - Der Brotladen	19 Uhr
Dienstag 17. Nov	Dubcafe mit King Step Hifi	ca. 18 Uhr
Mittwoch 18. Nov	1. Elterntreff in der Vokü (näheres auf Seite 2)	18 Uhr
Freitag 20. Nov	DJ Hell (München)	22 Uhr
Samstag 21. Nov	Roots and Culture Night - Chapter two! Ire Hifi, Jah Liones und King Step Hifi	22 Uhr
Dienstag 24 Nov	Dubcafe mit King Step Hifi	ca. 18 Uhr
Freitag 27. Nov	Jungle and Breakbeat mit DJ`s aus Kopenhagen und HH	22 Uhr
Samstag 28. Nov	Reggea Konzert mit Dubtarie (HH) Royal Tunes (Bergedorf) und Tatort (Bremerhaven)	21 Uhr

